

des Kaisers wird von der Vertagung nicht verlangt. Trotzdem hat Wilhelm II. oft Neugierungen getan, die zeigen, daß er seine Macht und seine Stellung außerordentlich hoch einschätzt. Das wird man verstehen, wenn man bedenkt, in welcher Umgebung Wilhelm II. lebt. Diese besteht in erster Reihe aus Angehörigen der preussischen Junkertafel, denen die politische auf dem Standpunkt der Kreuzzeitung, der Deutschen Tageszeitung oder der Post stehen. Es ist eine alte Geschichte, daß die Junker es am liebsten sehen würden, wenn der ganze parlamentarische Strom vom Teufel geholt würde und ein unumschränkter Monarch freischalten und wählten, d. h. alle Wünsche seiner junkerlichen Herren ungehindert erfüllen könnte. Es ist klar, daß die Junker, die als Hofkranzen, Jagdgenossen und Reisebegleiter um Wilhelm II. ständig umgeben, nicht geeignet sind, ihm eine große Achtung vor der Bedeutung unserer verfassungsmäßigen Einrichtungen beizubringen. Sie werden im Gegenteil alles tun, um ihn in den Glauben zu wiegen, daß er es ist, der alles macht und von dem es in letzter Linie abhängt, was in Deutschland geschieht.

Man weiß ja, daß die Junker zwar mit dem Monarchen sehr förmlich sind, aber daß sie sich gar nichts daraus machen, wenn das Ansehen der Monarchie oder eines Monarchen leidet. Die Hauptsache ist ihnen, daß der Träger der Krone im Sinne ihrer Anschauungen steht und sie ihn zur Wahrnehmung der Interessen ihrer Klasse gut gebrauchen können.

### Eine kurze Anfrage.

Am heutigen Freitag wird die Angelegenheit im Reichstag erledigt werden. Der Herr Reichsminister hat folgende kurze Anfrage eingebracht:

„Ist dem Herrn Reichsminister der ausserliche Wortlaut der Kundgebung Sr. M. des Deutschen Kaisers, Königs von Preußen vom 10. Mai d. J. an den Bürgermeister von Straßburg i. E. Dr. Schwaner bekannt, die eine eventuelle Aufhebung der elsäss-lothringischen Verfassung und eventuelle Einverleibung Elsaß-Lothringens in Preußen zum Gegenstand haben soll? Ist der Herr Reichsminister in der Lage, dem Reichstag den authentischen Wortlaut dieser kaiserlichen Kundgebung bekannt zu geben und übernimmt der Herr Reichsminister die verfassungsmäßige Verantwortung für dieselbe?“

Ob diese kurze Anfrage beantwortet wird, ist nicht sicher, denn die Debatte über das Gehalt des Reichsministers bietet natürlich eine weit breitere Basis für die Besprechung des Vorfalles.

## Deutsches Reich.

### Marineetat. — Kautschuk.

Die Zurückhaltung, die gestern schon die große Mehrheit des Hauses bei der Vertagung der Marineetat bewiesen hatte, hielt auch heute an. Die Schusskraft nach der Heimat und nach den Herden dümpelt alle Nebelhaft, und die Reden unserer Genossen wurden kaum einmal abgelöst durch das Eingreifen eines bürgerlichen Abgeordneten. So gelang es denn auch in der heutigen Sitzung, den Etat des Reichsmarineamts und den Etat für Kautschuk zu erledigen. Alles im schnellsten Automatismus.

Von der Schwere der Aufgabe der Abgeordneten war auch die Regierung offenbar angefaßt. Wenigstens erhielt Genosse Vogler seine Antwort auf seine allerdings indolente Frage, ob der deutsche Steuerzahler die Torpedobote seiner teuren Kriegesflotte deshalb unterhalten muß, damit sie den Anzügen auf seinen Segel- und Angelpartien begleiten sollen? Einmal zugunsten der Verwaltung, als er die Interessen der Reinen Fischer betrat. Genosse Brandes beschwerte sich mit Recht über die Behandlung der Arbeiterausschüsse, die beim Reichsmarineamt noch schlechter ist als in den anderen Reichsbehörden. Eine Frage des Genossen Albrecht über die Zustände im Kautschukamt in Wilhelmshaven gab dem Abgeordneten Capelle Gelegenheit, Zeugnis von dem sozialpolitischen Verständnis des Marineamts abzugeben: er hält es in der Tat — und darin unterschätzte ihn sogar der Fortschrittler Dr. Strauß — für eine besondere Wohlfahrtsanleihe, daß den Frauen der Beamten und Unteroffiziere Heimatheit mitgegeben wird! Die Genossen Albrecht und Noke sagten mit aller Deutlichkeit, was von dieser Sozialpolitik zu halten ist.

Nach Erledigung des Reichsmarineamts wurde der Etat für Kautschuk mit der Rede eines einzigen Abgeordneten

durchgeführt. Genosse Dr. Herzfeld wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen die Forderung, die aus der Zurückhaltung von 500 Mann in China zum Schutze der Deutschen während der dortigen Revolution erwachsen ist. Er erblickt darin eine Folge der imperialistischen Politik des Deutschen Reiches, gegen die sich die Partei grundsätzlich wendet. Der Staatssekretär Lipzig verteidigte die Position, aber die erst am nächsten Dienstag abgestimmt werden soll.

Der Freitag soll ein großer Tag werden: der Etat des Reichsministers und des Auswärtigen Amtes steht auf der Tagesordnung.

### Das hurrupatriotische Jungdeutschland.

Am Dienstag tagte in Berlin der Jungdeutschlandbund. Die Vertreter aller Bezirke und die Strategen des Bundes mit Generalstabschef waren anwesend. Freiherr v. d. Goltz referierte. Ein Bericht meldet darüber:

„Er hob hervor, daß bereits 80000 Jugendliche sich der Jungdeutschland-Bewegung angeschlossen haben und außer 1000 Offizieren noch 10000 Herren anderer Berufe als Leiter und Helfer sich zur Verfügung gestellt haben. Die Zentralen fast aller Bezirke haben sich dem Bundes bereits angeschlossen. Wollte doch der Bund Jungdeutschland bestehende Vereine keine Konkurrenz machen, im Gegenteil in erster Linie ihre Förderung erstreben. Neubildungen seien wohl in größeren Städten notwendig, da dort kaum ein Drittel der Jugendlichen von den bestehenden Vereinen erfaßt ist. Der Redner machte Mitteilung von den Vergünstigungen, die den Jungdeutschland-Bereinigungen und den angeschlossenen Vereinen von Seiten des Kultusministeriums gewährt respektive in Aussicht gestellt sind. Er regte ferner an, daß im Bereiche der Truppenübungsplätze zur Unterbringung der Jugendlichen verwendet werden sollten. Auch solle man Kurse zur Ausbildung von Leitern und Lehrern der Jugendpflege einrichten. In der Diskussion wurde die Beschaffung eines gleichmäßigen Dales empfohlen. Sehr energisch bekämpfte man die Ansicht der Befürworter der Jugend, die behauerliche Weise bereits zu Ungleichheiten geführt hat.“

In seinem Schlußwort betonte der Referent, daß der Jungdeutschlandbund die deutsche Jugend körperlich erlächigen und in fähig zu machen, vaterlandsliebendem Geiste erziehen wolle, so daß die Jugend zu einem stolzen vaterlandsliebenden Geschlecht heranwachsen zum Schutze des Thrones und des Vaterlandes.“

Radt und Kar ist also ausgesprochen worden, was der Jungdeutschlandbund sein soll: eine hurrupatriotische Jugendhilfe. Und die preussische Regierung stiftet diesem offiziellen Verein Gelder aus den Taschen der Steuerzahler! Für die Arbeiterschaft mag der Goltzsche Bericht mit seiner Offenherzigkeit ein neuer Ansporn sein, die Arbeiterjugend der chauvinistischen Propaganda entgegen zu treten!

### Verbreitung der Nationalliberalen.

Die parteiliche Nationalliberale Korrespondenz behauptet nicht nur die Gründung der altliberalen Sonderorganisation, sie behauptet sie auch. Es sei, so sagt sie, eine größere Anzahl von Parteistreibern zu dem Entschluß gekommen, sich zu einem Verband zusammenzuschließen, um innerhalb der nationalliberalen Partei für die auch vom letzten Parteitag wieder gebilligte Aufrechterhaltung des Charakters einer selbstständigen Mittelpartei zu wirken. Diese Männer wollen dafür arbeiten, daß die Partei bleibt, was sie in vierzigjähriger ruhmreicher Geschichte war: die Partei des nationalen maßvollen Liberalismus, die im Schutze von Staat, Kultur und Ehrengleichheit gegen den Ansturm der Sozialdemokratie eine ihrer vornehmsten Aufgaben sieht.“

Der letzte Satz ist der wesentlichste. Was sich da gebildet hat, das ist eine Art von Unterabteilung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Begründet wurde er dort, wo der Geist des Ortes rassistischen Bestrebungen am günstigsten ist, nämlich im preussischen Abgeordnetenhaus, und die Mitglieder sind gegenüber den außerhalb ihres Privatlebens stehenden Parteistreibern von denselben Gefühlen befreit, die Wilhelm II. gegenüber den Elsaß-Lothringern hegt, sie wollen sie möglichst bald verpreisen. Die Nationalliberale Korrespondenz wird sie in diesen Bemühungen nach Kräften unterstützen, aber eine mindestens ebenso bereitwillige Hilfe werden sie bei den Konserbativen und dem Zentrum finden. Die Adhäsive Volkspartei verachtet aufs neue, daß es „von höheren Gesichtspunkten“ aus erstrebt wäre, wenn es den Gegnern des Unsaubermarsches innerhalb der nationalliberalen Partei selbst gelänge, sich der Entwicklung nach links erfolgreich entgegenzusetzen und dadurch die ganze Partei als wichtiges Element einer Politik der mittleren Linie zu erhalten. Das Blatt läßt dabei durchblicken, daß das Zentrum gern mit einem je orientierten Nationalliberalismus zusammengehen

werde, denn das Zentrum strebe keineswegs nach einer konfessionell-klerikalen Mehrheitspolitik als ständige Einrichtung. Das ist begreiflich, denn das Zentrum hat schon mit Rücksicht auf die Arbeiterstimmen ein Interesse daran, nicht den Einbruch zu erwidern, als sei es auf Gedeih und Verderb mit den Junkern verbunden. Ob es allerdings seine Situation wesenlich bessert, wenn es sich die Möglichkeit offen hält, der Abwechslung halber auch mit den nationalliberalen Industriekonserbativen zu marschieren, ist eine andere Frage.

### Das Zentrum für indirekte Steuern!

Einen ganz ungeheuerlichen Antrag hat das Zentrum in der Budgetkommission des Reichstags eingebracht. Um der drohenden Erbschaftsteuer zu entgehen, will das Zentrum die feierlich versprochene und längst beschlossene Herabsetzung der Zuckersteuer abermals um zweieinhalb Jahre hinauschieben. Statt am 1. April 1914 soll die Steuerherabsetzung erst am 1. Oktober 1916 in Kraft treten. Bis dahin wird erst ja wohl Gelegenheit bieten, eine neue Sinausziehung des Termins vorzunehmen und die Herabsetzung der Zuckersteuer bis auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben.

Das Zentrum will die Kreise eines der gefährlichsten Volksernährungsmittel weiterhin künstlich in der Höhe halten, damit reiche Erben nicht genötigt sein sollen, ein Scherlein von ihrer Erbschaft auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen.

Dieser neueste Zentrumsstreich übertrifft an Volksfeindlichkeit, mehr noch an plumper Ungeschicklichkeit alles bisher Erlebte! Früher war das Zentrum in seiner Steuerpolitik wenigstens vorsichtiger, mehr darauf bedacht, bei all seinen schlimmen Taten wenigstens den Schein zu wahren. Aus dem neuesten Antrag der schwarzen Partei spricht ein Geist offener Brutalität, der auf jede Maske verzichtet.

### Selbsthilfe zur Sicherung des Wahlheimnisses erlaubt.

In dem Dorfe Öbrnberg, Wahlkreis Rinteln-Hofgeismar, sollte bei der letzten Reichstagswahl ein eigenartiger Eid angewendet werden, um die nichtantifeminitischen Wähler zu ermitteln. Vor dem Wahllokal wurde jedem Wahlberechtigten ein antifeminitischer Stimmzettel eingehändigt, der auf der Rückseite nummeriert war. Bei der Abstimmung sind dann die Wahllokalvorstände vorsichtig in die Urne geschickt worden, so daß der Wahlvorstand auch aus der Reihenfolge die Bestimmung jedes einzelnen Wählers feststellen konnte. Wer einen antifeminitischen Zettel erhalten und ihn nicht abgegeben hatte, war bestimmt ein Liberaler oder gar ein Sozialdemokrat, und dem konnten dann die agrarischen Terroristen nach Herzlust zuhaken.

So kalkulierten die Dorfgewaltigen. Der scholle Plan wurde indessen von einem Arbeiter, der von dem Geheimverfahren Kenntnis bekommen hatte, zuhaken gemacht. Dieser ergriff nach dem Schluß des Wahllokal die Urne, um sie kräftig zu schütteln und dadurch die Stimmzettelfontrolle unmöglich zu machen. Diese „Prebetta“ mußte natürlich gehandelt werden. Man brachte die Arbeiter vor die Strafkammer Cassel, die ihn aber kostenlos freisprach. Das Gericht erkannte an, daß dem Angeklagten in Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse das Recht der Selbsthilfe zugestanden werden müsse. Sein Nichttrauen, so heißt es in der Urteilsbegründung, war auf Grund der beobachteten Veranlassungen zur Kontrolle der Stimmabgabe durchaus berechtigt. Das Urteil ist sehr verständlich; in Schlesien sind unendlich mehrmals Wähler bestraft worden, die in genau dieser Weise die widerrechtliche Kontrolle der Abstimmung unmöglich machen wollten.

### Grundzüge eines Reichs-Wohnungsgesetzes.

Die Reichstagskommission für die Wohnungsfrage hat ihr Verhandlungen so ziemlich abgeschlossen. Sie hat Grundzüge ausgearbeitet, auf denen die geforderten Gesetzesentwürfe ausgearbeitet werden sollen. Danach sollen die Gesetzesentwürfe enthalten:

1. Mindestvorschriften über Beschaffenheit und Benutzung von Wohnungen (Lage, Luft, Licht und Luft in der Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume, Zahl und Anlage der Aborte, Schlafstellenwesen usw.) unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse in Stadt und Land.
2. Vorschriften über eine amtliche Wohnungsaufsicht durch Orts-, Bezirks- und Landeswohnungsdirektoren mit einem Reichswohnungsausschuss als Zentralstelle für das gesamte Reichswohnungswesen.
3. Errichtung von Wanderversorgungsstellen im Anschluß an die Landesversicherungsanstalt zu dem Zweck, um unter Reichsgarantie nach festen Normativbestimmungen möglichst hohe Wanderversorgungsstellen als auch an Privatpersonen zu gewähren.
4. Regelung des Wohnungsanwartschaftswesens.

### Unbedingte Freiheit.

Ihr erwidert über die Mäßigkeit meiner Folgerungen, Freund und Diener der alten Fiktion; denn Leute eures Art sind leicht zu erschrecken. Ihr hoffet, daß ich wenigstens noch ein bedächtliches „Infolern freilich“ mit vorbehalte, nach ein kleines Hinterbüchlein für euren Religionsdünkel, für eure symbolischen Bücher u. s. m. offen gelassen hätte. ... Was fürchtet ihr denn von jenen unbedarften Wandern jenseits eures Horizonts, in die ihr nie kommen werdet? Fragt doch die Leute, die ihr bereden: ob die Gefahr, vor moralischen Risiken aufzugehen, von sterblichen Erzeugnissen verhängen zu werden, so groß ist? Seht doch diese lächerlichen Weltumsegler wenigstens ebenso moralisch gesund, als ihr es seht, unter euch herum wandeln.

### Die Schreden der Denkfreiheit.

Ihr laßt und durch Zeitungsschreiber, die unter eurer Aufsicht stehen, mit Feuerfarben die Unordnungen hinmalen, welche geistliche und durch Meinungen erhitzte Köpfe begehen; beutet dort auf ein sanftes Volk, herabzusehen zur Wut der Camibalen, wie es nach Blut dürstet, und nicht nach Thronen ... wie es abgeriffene Kleider seiner Mitbürger, noch tiefend und dampfend, unter Jubelgeschreien der Scham heruntreibt, wie seine Kinder blutige Köpfe treiben, flut des Arafels — und wir wollen euch nicht an blutigere Feste erinnern, welche Despotismus und Fanatismus im getrockneten Wunde ebediem Volke gaben — euch nicht erinnern, daß dies nicht die Früchte der Denkfreiheit, sondern die Folgen der vorherigen langen Geistesklaverei sind, — euch nicht sagen, daß es nirgends stiller ist, als im Grabe. ...

Gebietet doch erst dem Orkan, daß er schweige; dann gebietet auch dem Sturm unserer empörenden Meinungen; laßt doch erst regnen über unsere Feder, wenn sie dürr sind, und gebt uns die erquickende Sonne, wenn wir euch darum ansetzen; dann gebt uns auch die befelegende Wahrheit.

### Die Strohmajestäät.

Befehlet einen Mann von Stroh mit eurer königlichen Kleidung geht ihr euren Scepter in die ausgestopfte Hand, setzt ihn auf euren Thron, und laßt uns vor ihm. Meint ihr, daß wir hier das unsichtbare Wesen, das nur von eurer Götterperson ausströmen soll, befehlen werden; daß unsern Köden weniger geschmeichelt, unter Anstand weniger ehrfurchtsvoll, unsere Worte weniger schäudernd sein werden? Ist euch denn noch nie eingefallen, zu untersuchen, wie viel von dieser Ehrfurcht ihr euch selbst zu danken habt? wie man euch behandeln würde, wenn ihr nichts wäret, als einer von uns!

### Forschen ins Unbegrenzte.

Freie Untersuchung jedes Objects des Nachdenkens, nach jeder möglichen Richtung hin, und ins Unbegrenzte hinaus, ist ohne Zweifel ein Menschenrecht. Niemand darf seine Wahl, seine Richtung, seine Grenzen bestimmen oder es selbst. ... Es ist Bestimmung seiner Vernunft, keine absoluten Grenzen anzuerkennen; und dadurch wird sie erst Vernunft, und erst dadurch erst ein vernünftiges, freies, selbständiges Wesen. Wäken ist Nachforschen ins Unbegrenzte unveräußerliches Menschenrecht.

Eigentum sein, weil er sein eigenes Eigentum ist, und bleiben muß. ... Es darf nicht sein Fremder über ihn schalten.

### Unfreiheit des Denkens ist Thierheit.

Frei denken zu können ist der auszeichnende Unterschied des Menschenwesens vom Tierverstande. ... Freie und ungenügende Liebe zur theoretischen Wahrheit, weil sie Wahrheit ist, ist die konstante Vorbereitung zur ständigen Reingkeit der Bestimmungen. Und dieses mit unerer Beständigkeit, mit unserer Entschlossenheit unig verknüpfte Recht, diejen von der schaffenden Weisheit ausdrücklich für uns angelegten Weg zur moralischen Veredelung hätten wir im gegenwärtigen Zeitalter aufgeben können? Wir hätten das Recht gehabt, ein unversäuerndes Recht zu genießen? Unser Versprechen, es anzugeben, hätte was anderes geheißen, als: wir versprechen, kein Eintritt in eure bürgerliche Gesellschaft unvernünftige Geschöpfe, wir versprechen Tiere zu werden, damit es euch weniger Arbeit mache, uns zu bändigen?

### Geistige Gifte.

Wie, wenn das, was ihr Gift nennt, meine tägliche Speise ist. Sei der ich gesund und stark bin? Sollte ich vorhersehen, daß der Schwache Magen des andern sie nicht vertragen werde? Stört er an meinem Geden, oder stört er an meinem Essen? Wenn er sie nicht vertragen könnte, so sollte er sie nicht essen; geschöpft habe ich ihn nicht, dazu habe nur ich das Verbot. ... Ja darf man doch auch die diese sagt Wahrheit — was mag euch Irrtum weihen? Ohne Zweifel nicht das, was die andern dafür halten; sonst müßte ihr begriffen haben, daß eure Einsichtnahme die ganze Weltland aufleuchtet. ... daß es schlechterdings unmöglich ist, Wahrheit mitzuteilen, wenn es nicht auch erlaubt ist, Irrtümer zu verbreiten.

### Des Königs Wille die höchste Wahrheit.

Ihr (Menschen) redet gar nie, von dem, was wir andern Wahrheit oder Irrtum nennen — was kümmert euch das? Wer hätte der Hoffnung des Landes durch solche trübsumme Spekulationen die Jahre verderben wollen, in denen sie sich auf die künftigen Herrscherfragen erquidete? Ihr habt euch mit euren Unterthanen in die menslichen Gemütskräfte gestellt. Ihnen habt ihr das Denken überlassen, — war nicht ihr euch, noch für sich selbst, denn in euren Regierungen ist das gar nicht nötig. — sie mögen das zu ihrem Vergnügen tun, wenn sie wollen, aber ohne weitere Folgen. Wollen werdet ihr für sie. Dieser in euch wohnende gemeinsame Wille be-